

Vereinbarung der Zusammenarbeit

zwischen CDU und GLB

für die Wahlperiode

2011-2016

A. Präambel

Die Partei CDU und die Wählergemeinschaft GLB und die Fraktionen von CDU und GLB in Bensheim schließen die nachfolgende Vereinbarung über eine Zusammenarbeit für die Wahlperiode 2011 bis 2016.

CDU und GLB haben in den vergangenen beiden Wahlperioden gute Erfahrungen in Bezug auf eine verlässliche und an der Sache orientierte Zusammenarbeit gemacht. Auf dieser Basis setzen CDU und GLB ihre Zusammenarbeit in der neuen Wahlperiode fort, zumal die schwarz-grüne Koalition von den Wählerinnen und Wählern bei der Kommunalwahl am 27. März 2011 erneut bestätigt wurde.

CDU und GLB stellen fest, dass es durchaus unterschiedliche Positionen auf beiden Seiten zu bestimmten Fragestellungen und Punkten gibt, die man gegenseitig respektiert. Beide Partner sind bereit, Kompromisse einzugehen und in der neuen Wahlperiode eine verlässliche Mehrheit zu bilden.

Die Koalitionsvereinbarung enthält nicht abschließend Regelungen zu allen bestehenden oder künftigen Fragen der Bensheimer Kommunalpolitik. Diese konnten in der Kürze der Zeit nicht umfassend behandelt werden. Beide Koalitionspartner verpflichten sich, bei allen auftretenden Fragen einvernehmliche Lösungen zu erarbeiten.

Diese Vereinbarung erstreckt sich auch auf die Zusammenarbeit in den Ortsbeiräten.

Alle in dieser Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

B. Sachprogramm

1. Haushalt

Um das Haushaltsdefizit zu verringern und mittelfristig eine Netto-Neuverschuldung sowie Haushaltsauflagen zu vermeiden, werden CDU und GLB Strukturen verbessern, Ausgaben reduzieren und Einnahmen sicherstellen:

- Sparen durch Senken laufender Kosten, Überprüfen von Standards, Überprüfen des städtischen Immobilienbesitzes, Nutzen von Synergien und Ausweiten der interkommunalen Zusammenarbeit.
- Fortschreibung des Konsolidierungsprogramms.
- Investitionen erfolgen nur bei nachhaltigem Nutzen und möglichst Einsatz von Drittmitteln.
- Beibehaltung der Sanierung und Instandhaltung von städtischem Eigentum.
- Bei Förderungen durch die Stadt ist eine Mehrfachförderung auszuschließen.
- Erhöhung der Grundsteuer B auf 295 Punkte.

2. Hessentag

Der Hessentag 2014 wird eine Veranstaltung zum Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine sein, die Bensheim als Stadt auf dem Weg zur Klimaneutralität und vernetzte Stadt präsentiert.

CDU und GLB wollen zum Hessentag förderfähige Vorhaben verwirklichen, diese finden sich im Wesentlichen in den folgenden Sachpunkten wieder. Diese Investitionen werden nachhaltigen Nutzen für die Stadt sowie ihre Bürgerinnen und Bürger haben.

3. Kinder- und familienfreundliche Stadt

Für ein kinderfreundliches Klima in Bensheim und insbesondere die Unterstützung junger Familien werden CDU und GLB:

- das Platzangebot für die Betreuung unter Dreijähriger bis 2013 auf eine Versorgungsquote von 35 Prozent erhöhen,
- die Kleinkindbetreuung darüber hinaus in den bestehenden Einrichtungen und der Tagespflege bedarfsgerecht ausbauen,
- eine firmenübergreifende Krippe im Gewerbegebiet Stubenwald fördern,

- zusätzliche Essensplätze in den Kinderbetreuungseinrichtungen schaffen,
- niedrige Gebühren für die Kinderbetreuung beibehalten,
- durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit effizientem Mitteleinsatz die hohe Qualität der Betreuung und Erfüllung des Bildungsauftrags sicherstellen,
- für bezahlbaren Wohnraum für junge Familien, z.B. durch bevorzugte Vergabe städtischer Grundstücke, sorgen,
- eine Aktion „Kinder willkommen“ mit Einzelhandel, Gastronomie und Behörden starten.

Für Jugendliche ab 16 Jahre wird ein Treffpunkt ohne Konsumzwang geschaffen, der vor allem an den Wochenenden den bestehenden Bedarf abdeckt und für Feiern, Konzerte sowie sonstige Veranstaltungen durch die Jugendlichen genutzt werden kann. Die Räumlichkeit wird unter Beteiligung der Jugendlichen ausgewählt und inhaltlich mitgestaltet, die Trägerschaft liegt bei der Stadt Bensheim. Die Einrichtung ergänzt vielfältige bestehende Treffpunkte im städtischen Jugendzentrum, in den Ortsteilen und der Vereine.

Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Migrantinnen und Migranten wird kontinuierlich fortgeführt, bestehende Aktivitäten gebündelt und weitere Bausteine entwickelt. Integrationsbeauftragter und Integrationslotsen setzen ihre erfolgreiche Arbeit fort. Ein offizieller Einbürgerungsempfang im Magistratssaal wird von der Stadt ausgerichtet. Die Stadt Bensheim beteiligt sich an der Charta der Vielfalt. Zusammen mit den Hausaufgabenhilfen bzw. Fördervereinen der Grundschulen wird ein Sprachförderangebot für Kinder mit Förderbedarf (mit und ohne Migrationshintergrund) in den Ferien eingerichtet. Der Demografie-Bericht wird nach und nach um den Bereich Integration erweitert.

4. Lebensqualität in Bensheim

CDU und GLB werden die kulturelle Vielfalt – unter anderem mit Stadtbibliothek, Parktheater, Musikschule – erhalten und die Empfehlungen des Sportentwicklungsplanes aufgreifen.

- Zweigstelle der Volkshochschule erhalten bei Abstimmung der Angebote mit der Kreis-Vhs.
- Eysoldt-Preisverleihung als kulturellen Höhepunkt fortsetzen.
- Neubau einer wettkampftauglichen Sporthalle im Weiherhausstadion, die auch den sanierungsbedürftigen Gymnastikraum und die sanierungsbedürftigen Umkleieräume ersetzt.
- Weiterentwicklung des Weiherhausstadions als Bewegungs- und Freizeitfläche mit durchgängigen Wegeverbindungen und generationenübergreifenden Bewegungsangeboten auch für nicht vereinsgebundene Nutzung.
- Strecken für Jogger sowie Inlineskater und BMX-Platz einrichten.

5. Natur und Landschaft schützen

Der Erhalt und der Ausbau der bestehenden Natur- und Landschaftsräume sind ein unverzichtbarer Teil der Lebensqualität des Wohnstandortes Bensheim. Auf interkommunaler Ebene bedeutet dies, die zahlreichen begonnenen Projekte fortzuführen und gemeinsam weitere Arbeitsfelder zu erschließen. CDU und GLB werden den Flächenverbrauch einschränken.

- Herausnahme der Trasse für die Anbindungsstraße nach Fehlheim aus dem Flächennutzungsplan.
- Bündelung der ICE-Neubaustrecke an der A67.
- Fortsetzung der Entwicklung des Grüngürtels und Ausweiten des Naturwaldes.
- Naturschutzzentrum weiter mit Partner betreiben.
- Festschreiben von gentechnikfreiem Anbau in künftigen Pachtverträgen.
- Entstehenden Erlachsee als Natursee entwickeln.

6. Energie und Klimaschutz

Die Koalition will Bensheim zu einer klimafreundlichen Stadt entwickeln. Für einen Umstieg auf regenerative Energieerzeugung wollen CDU und GLB den erforderlichen lokalen Beitrag leisten.

- CDU und GLB werden zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2011 die Initiative für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie und lokalen Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energie ergreifen.
- Dazu wird der Masterplan „100% Klimaschutz“ unter der Voraussetzung einer Förderung wie beantragt umgesetzt. Aus dem Masterplan abgeleitete Maßnahmen werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten einvernehmlich umgesetzt.
- Bei der Aufstellungen und Änderung von Bebauungsplänen werden nach Möglichkeit Emissionsgrenzen unterhalb der ENEV-Werte und Straßenbeleuchtung mit LED als Standard festgesetzt.
- Unterstützung für Investitionen der GGEW in die regionale Erzeugung erneuerbarer Energie.
- Verbleib der GGEW in kommunaler Hand.
- Gesamte Versorgung der städtischen Liegenschaften und Straßenbeleuchtung durch Ökostrom zum nächstmöglichen Zeitpunkt.
- Energetische Sanierung städtischer Liegenschaften.
- Netzwerk Elektromobilität.
- Keine Windräder auf der Bergstraßensilhouette.

7. Stadtentwicklung

7.1 Demografischen Wandel gestalten

Die Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft berücksichtigen CDU und GLB bei der Stadtplanung:

- „Stadt der kurzen Wege“ mit gut erreichbaren Versorgungseinrichtungen und seniorengerechtem Wohnumfeld.
- Fortsetzung der barrierefreien Umgestaltung von Gebäuden und Wegen.
- Bedarfsgerechtes Angebot seniorengerechter Wohnungen und bei der Bauleitplanung auf eine Ausdehnung des Angebotes achten.
- Unterstützung des altersgerechten Umbaus durch Beratung aufgrund der Ergebnisse des Modellstadt-Projekts.
- Erhalt von Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen in den Ortsteilen.
- Evaluierung und Fortschreibung des Demografieberichts.

7.2 Lebendiges Zentrum

CDU und GLB sorgen dafür, dass die Innenstadt das lebendige Zentrum Bensheims bleibt:

- Die Umgestaltung des Beauer Platzes vom Bürgerhaus bis zum Neumarkt einschließlich Promenadenstraße hat Priorität bei der Fortsetzung der Innenstadtattraktivierung. Zunächst soll die Situation vorgeklärt, dann die Planung für das Gesamtkonzept in einer Bürgerbeteiligung erstellt werden.
- Erneuerung des Bürgerhauses bis zum Hessentag, die Planung wird ergebnisoffen weitergeführt, das Bürgerhaus soll mit großem Saal im jetzigen Quartier verbleiben und der Dalberger Hof als Liegenschaft wieder nutzbar gemacht werden.
- Fortsetzung des Beteiligungsprozesses zur Verschönerung des Marktplatzes.
- Finanzielle Förderung für Ausbau und Erhalt des Wochenmarktes.
- Umsetzung des Konzepts für die Parkraumbewirtschaftung einschließlich gebührenfreiem Kurzzeitparken.
- Verein „Bensheim aktiv“ zur Stärkung einer lebendigen Innenstadt weiterhin unterstützen.
- Ambiente der Altstadt erhalten mit Beratung zur Fassadengestaltung, Erhalt denkmalgeschützter Häuser mit den Eigentümern, Sanierung der Mittelbrücke und Steigerung der Aufenthaltsqualität z.B. durch Beleuchtungskonzept.

7.3 Potential des Güterbahnhofgeländes nutzen

Durch die Verlagerung von Einkaufsmärkten auf das Güterbahnhofgelände wird die Versorgungssituation für den Bereich der südwestlichen Kernstadt erheblich verbessert. CDU und GLB werden die Verträglichkeit für die Innenstadt sicherstellen. Diese Ansiedlung ist eine klare Alternative zu großflächigem Einzelhandel auf der „grünen Wiese“ oder entlang des Berliner Rings, die ausgeschlossen bleibt. Der bisherige Standort des Edeka-Marktes an der Wormser Straße steht für Wohnbebauung zur Verfügung. Auf dem Areal des ehemaligen Bundeswehrdepots sollen Wohnbebauung, Gemeinschaftseinrichtungen und Grünflächen entstehen, mit Fördermitteln des Stadtumbaus West soll die Fläche durch die Stadt erworben werden.

7.4 Siedlungsflächen

- Umsetzung der Planung für die Wohnsiedlung auf dem Gelände der ehemaligen Papierfabrik Euler.
- Reduzierung der Fläche für das Baugebiet Fehlheim im Flächennutzungsplan um ca. sieben Hektar, keine Entwicklung der verbleibenden Fläche bis 2016, möglich bleibt die Arrondierung für den örtlichen Bedarf und Gemeinschaftseinrichtungen.
- Bauliche Entwicklung der Ortsteile vorrangig im Bestand und in Form von Arrondierungen ermöglichen durch Ergänzung mit Bauplätzen für den örtlichen Bedarf.
- Vernetzung von innerstädtischen Grünflächen.

7.5 Sicherheit

- Fortsetzung des freiwilligen Polizeidienstes, bedarfsweiser City-Streife und – nach positiver Prüfung – Ausweitung der Videoüberwachung am Bahnhof auf die zweite Unterführung.
- Prävention, Projekte für Zivilcourage und Toleranz sowie gegen Alkoholmissbrauch fortsetzen.

8. Verkehr

CDU und GLB werden den Verkehrsentwicklungsplan fortschreiben, der Lärmschutz, ein bedarfsgerechtes Straßennetz und vernetzte Radwegführung haben besondere Bedeutung:

- Sanierung der Darmstädter Straße (B3) von der Kirchbergstraße bis zum Ortseingang von Zwingenberg und Neugestaltung in der Ortsmitte von Auerbach.
- Kreisverkehre einrichten am Berliner Ring (u.a. Kreuzung Saarstraße) und prüfen an der B3-Einmündung Bachgasse.

- Durchgängige Radwegeverbindungen (u.a. Ortsmitte Auerbach, Fehlheimer Straße-Promenadenstraße-Rinntor, Unterführung Schwanheimer Straße, Ost-West-Verbindung)
- Alternativen zum bisher geplanten Verlauf der Westumgehung über die Schwanheimer Straße hinaus zum Berliner Ring werden zeitnah geprüft und einvernehmlich entschieden.
- Bahnhof Auerbach: Park-and-Ride-Platz sowie Bike-and-Ride-Platz mit Fördermitteln einrichten und S-Bahn-gerechten Umbau prüfen.
- Umnutzung des Bahnhofsgebäudes Bensheim.

9. Wirtschaft

Wirtschaftliche Prosperität, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen sind die Grundlage für eine finanzielle Ausstattung, die es der Stadt ermöglicht, die bestehenden haushalterischen Herausforderungen zu meistern und Angebote im kulturellen und sozialen Bereich zu erhalten.

CDU und GLB wollen Wohnen und Arbeiten an einem Ort ermöglichen. Wegzüge von Firmen sollen vermieden werden, unter anderem indem die Stadt über wesentliche freie Flächen verfügt.

- Gewerbegebiet Stubenwald II: Das Gewerbegebiet wird bis 2014 nicht bebaut. Danach erfolgt die Entwicklung in Abschnitten gemäß dem nachgewiesenen Bedarf. Für alle anstehenden Verfahrensschritte wird eine Mehrheit der Koalition sichergestellt.
- Fallweise Überprüfung von ausgewiesenen, nicht geeigneten Gewerbeflächen zur Rückentwicklung.
- Flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet.

10. Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

CDU und GLB begreifen die schon in der Vergangenheit genutzten Instrumente der Bürgerbeteiligung als Teil eines gemeinschaftlichen Entwicklungsprozesses aller Bensheimer Bürgerinnen und Bürger für ihre Stadt. Sie werden diese Beteiligungen sach- und zielgerecht weiterführen, wo erforderlich ausbauen – in Zukunftswerkstätten und im Jugendforum, bei der Stadtplanung über die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung hinaus. Die Öffnung der städtischen Kommissionen wird geprüft und die Erfahrungen anderen Kommunen mit einem Bürgerhaushalt ausgewertet. Der Ehrenamtskoordinator soll seine Arbeit nach dem Hessentag fortsetzen.

C. Organisation der Zusammenarbeit

CDU und GLB bilden eine Koalitionsrunde. Diese Koalitionsrunde besteht aus jeweils bis zu fünf Fraktionsmitgliedern bzw. ehrenamtlichen Stadträten und den hauptamtlichen Magistratsmitgliedern der Koalitionspartner. Weitere Fraktionsmitglieder bzw. Fachleute können einvernehmlich hinzugezogen werden. Sie trifft sich mindestens vor jeder Ausschusssrunde, um bei den Verwaltungsvorlagen ein einheitliches Vorgehen festzulegen, gemeinsame Anträge zu erarbeiten, die Bildung von Arbeitsgruppen vorzubereiten etc. Die Koalitionsrunde kann sich bei Bedarf wöchentlich, insbesondere zur Abstimmung wesentlicher Sachthemen, treffen.

Behandlung von Verwaltungsvorlagen

Sollte bei Verwaltungsvorlagen kein gemeinsames Vorgehen erreichbar sein, wird die Verwaltungsvorlage von der Tagesordnung abgesetzt bzw. zurückgezogen. Sollte auch in einer weiteren Koalitionsrunde und gegebenenfalls in einer Arbeitsgruppe kein Einvernehmen erzielt werden, wird die Verwaltungsvorlage nicht weiterverfolgt.

Behandlung von Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung

Anträge werden grundsätzlich von beiden Fraktionen gemeinsam gestellt. Wenn darüber mit dem Partner Einvernehmen hergestellt wurde, kann eine Koalitionsfraktion auch allein einen Antrag einbringen. Anträge Dritter werden auf Grund gemeinsamer Entscheidung entweder angenommen, abgeändert, zur Ausschussberatung überwiesen oder abgelehnt.

Bundes- und Landespolitik

Bundes- und Landespolitik werden durch die Koalitionspartner in der Stadtverordnetenversammlung nicht behandelt. Etwaige Anträge werden aus diesem Grunde abgelehnt. Die Parteien können außerhalb der Stadtverordnetenversammlung und städtischer Gremien eigenständig Stellung beziehen; die Fraktionen nehmen dazu keine Stellung.

D. Faire Beteiligung der Partner

Die Koalitionspartner verpflichten sich, die folgenden Vereinbarungen umzusetzen:

- Der ehrenamtliche Magistrat bleibt bei 7 Stadträten. Es werden keine gemeinsamen Listen gebildet.
- Die drei Ausschüsse bleiben bei jeweils 9 Mitgliedern. Es werden keine gemeinsamen Listen gebildet.
- Die CDU-Fraktion stellt den Stadtverordnetenvorsteher, alle sechs Fraktionen einschließlich der CDU erhalten jeweils einen Stellvertreter.
- Die Koalitionspartner werden im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Bau-, Umwelt- und Planungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung CDU-Kandidaten zu Vorsitzenden, im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss den GLB-Kandidaten zum Vorsitzenden wählen. Im Sozial-, Sport- und Kulturausschuss stellt die CDU den stellvertretenden Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden der anderen beiden Ausschüsse stellt die GLB.
- Die Besetzung der weiteren Kommissionen und die Benennung von Vertretern der Stadtverordnetenversammlung in den weiteren Gremien erfolgt – unter Berücksichtigung der anderen Fraktionen – einvernehmlich zwischen CDU und GLB.
- Die Koalitionspartner werden in den Ortsbeiräten Mitte, West und Auerbach den von der CDU vorgeschlagenen Kandidaten zum Ortsvorsteher und den von der GLB vorgeschlagenen Kandidaten zum stellvertretenden Ortsvorsteher wählen.
- Die CDU stellt weiterhin den Ersten Stadtrat, die GLB weiterhin den weiteren Hauptamtlichen Stadtrat. Vor der konstituierenden Sitzung des bzw. der Wahlausschüsse stellen die Koalitionspartner sicher, welche (Kern-)Bereiche dem jeweiligen Kandidaten zugeordnet werden sollen. Diese Absprache ist unter Beachtung der gesetzlichen Grundlagen zu treffen. Es herrscht Einvernehmen, dass die jeweils vorgeschlagene Kandidatin/der Kandidat vom anderen Koalitionspartner mitgewählt wird.
- Die GLB verzichtet bei der Bürgermeisterwahl auf die Aufstellung eines eigenen Bürgermeisterkandidaten und unterstützt den CDU-Kandidaten. Gleichzeitig verpflichtet sich der Bürgermeisterkandidat, den derzeitigen Zuständigkeitsbereich des GLB-Stadtrats uneingeschränkt (insbesondere Soziales, Finanzen, Umwelt, Energie) beizubehalten und die Eigenständigkeit, Wahrnehmung und Darstellung seines Aufgabenbereichs in den politischen Gremien und der Öffentlichkeit zu garantieren. In den Eigenbetrieben übernimmt der zuständige Dezernent den Vorsitz in der Betriebskommission.